

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

Sitzungsdauer	20.00 Uhr bis 21.40 Uhr
Vorsitz	Gabriele Olivieri, Präsident
Protokoll	Patricia Meyer, Sekretärin
Stimmenzähler	Andreas Wolf Manuela Ehmann Peter Metzinger
Anwesend	34 Mitglieder
Abwesend	Roland Schürch, entschuldigt Esther Wyss, entschuldigt
Behördenvertreter	Roger Bachmann, Stadtpräsident Rolf Schaeren, Vizepräsident Heinz Illi, Stadtrat Anton Kiwic, Stadtrat Lucas Neff, Stadtrat Reto Siegrist, Stadtrat Philipp Müller, Stadtrat
Weibeldienst	Wm Roger Minder
Rednerpult	Rita Germann, Schwimmbad

Mitteilungen

- a) Maya Ritschard hat am 7. Mai 2020 eine Kleine Anfrage betreffend Coronavirus, Dietike-hilft, eingereicht.
- b) Maya Ritschard hat am 7. Mai 2020 eine Kleine Anfrage betreffend Coronavirus, Kampagne Mit-
einander für Dietike, eingereicht.
- c) Andreas Wolf hat am 7. Mai 2020 eine Kleine Anfrage betreffend Verkehrsaufkommen Schö-
neggstrasse eingereicht.
- d) Ernst Joss hat am 7. Mai 2020 eine Kleine Anfrage betreffend BVK-Mindestlohn eingereicht.
- e) Eveline Heiniger hat am 19. Mai 2020 eine Zusatzinterpellation betreffend Schuladministration
der Stadt Dietikon - Stellenplan der Schulverwaltung eingereicht.
- f) Der Stadtrat hat am 11. Mai 2020 die Kleine Anfrage von Pascal Stüssi betreffend Plakatierung
Vereinsveranstaltungen beantwortet.
- g) Der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wurde das Geschäft betreffend Umbau und Sanierung
altes Bauamt zur Vorberatung zugewiesen.
- h) Esther Wyss-Tödtli hat ihren Rücktritt aus der Spezialkommission bekannt gegeben. Die IFK hat
als Nachfolger Pascal Stüssi vorgeschlagen, welcher am 27. Mai vom Büro einstimmig gewählt
wurde.
- i) Auflage: Geschäftsbericht 2019
- j) Die Unterschriftenliste ist im Umlauf, danke für das Ausfüllen.

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

- k) Hinweis: Das Rednerpult wird zwischen den Voten desinfiziert und die Säckchen über dem Mikrofon werden gewechselt

Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 7. Mai 2020, wird genehmigt.

F3.08.05 Jahresrechnung, Nachtragskredite

Jahresrechnung 2019 (HRM2)

Die Finanzabteilung unterbreitet die erstmals nach HRM2 erstellte Jahresrechnung, die Sonderrechnungen sowie das Globalbudget des Alters- und Gesundheitszentrums für das Jahr 2019.

Mit Beschluss vom 23. März 2020 hat der Stadtrat die Jahresrechnung 2019 zu Handen des Gemeinderates verabschiedet. Die Revisionsgesellschaft BDO AG, Zürich, hat die Jahresrechnung 2019 im Rahmen einer umfassenden Revision geprüft und am 30. März 2020 die Rechnung zur Abnahme empfohlen.

Der Bericht des Stadtrates zur Jahresrechnung 2019 umfasst einen finanziellen Überblick, Erläuterungen zur Erfolgsrechnung, Zahlen zu den Eigenwirtschaftsbetrieben, Abweichungen gegenüber dem Budget sowie Erläuterungen zur Investitionsrechnung.

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Der neue RPK-Präsident Konrad Lips (Nachfolger der abgetretenen Charlotte Keller) stellt erstmals die Rechnung vor. Wegen Corona wurden die ersten RPK-Sitzungen mit Video-Konferenzen durchgeführt. Es war eine spezielle Abnahme der Rechnung, welche erstmals komplett elektronisch einsehbar war. Sogar die Belegkontrolle konnte mit einem elektronischen Zugang durchgeführt werden. Mit 4.04 Mio. Franken gab es einen Ertragsüberschuss, dies resultierte in einer Verbesserung von 14.7 Mio. Franken gegenüber einem Verlust von 10.66 Mio. Franken. Dietikon hat 4 Jahre infolge bei gleichbleibendem Steuereffuss positiv abgeschlossen, dies ist sehr erfreulich. Die budgetierten Investitionen konnten nur teilweise getätigt werden. Die Steuerkraft ist gesunken.

Am 28. April 2020 startete die RPK mit den Beratungen in den Abteilungen unter stetiger Begleitung der Finanzabteilung. Die Fragen wurden immer kompetent und zufriedenstellend beantwortet. Erstmals wurde die Rechnung nach HRM2 erstellt. Gewisse Posten haben sich gegenüber Vorjahr verschoben. Man hofft, dass dieses Rechnungsmodell Bestand hat und künftig wieder Vergleiche mit dem Vorjahr möglich sind.

Bei der Beratung der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung notierte man den Ausgabenüberschuss von 4.55 Mio. Franken, dies in Abweichung zum Budget von 1.3 Mio. Franken. Weniger Einnahmen entstanden im Stadtrichteramt und mehr Ausgaben beim Hallen- und Freibad (Neubau Kasse und Lift).

Später war es dann an 3 Abenden wieder möglich, im Gemeinderatssaal physisch zusammenzukommen. In der Präsidialabteilung gab es einen Aufwandüberschuss von rund 16 Mio. Franken zu verzeichnen. Mehrausgaben entstanden durch Vakanzen, wo Springer eingesetzt wurden. Auch im Betreibungsamt und in der KESB gab es Mehrausgaben. Im zweiten Teil am gleichen Abend beriet man über die Hochbauabteilung. Die Rechnung der Hochbauabteilung liegt nur Fr. 14'400.00 über Budget. Hier wurde vor allem in Kindergärten investiert. In der Infrastrukturabteilung diskutierte man den Ausgabenüberschuss. Fragen gab es vor allem zu Abwasser, Abfall und

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

Gas. Diese wurden zur Zufriedenheit beantwortet. Im Zusammenhang mit dem Bau der Limmattalbahn starteten die Arbeiten zu den Leitungserneuerungen, welche zwar so günstiger waren, aber trotzdem teuer sind und einen Mehraufwand bedeuten.

Die Sozialabteilung errang gegenüber dem Vorjahr ein besseres Resultat. Die Rechnung schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von 34.68 Mio. Franken ab. Budgetiert gewesen war ein Mehraufwand. Das Resultat ist also um mehr als 3 Mio. Franken besser ausgefallen. Die Schulabteilung wies bei einem Ausgabenüberschuss von 55 Mio. Franken eine um Fr. 944'000.00 tiefere Rechnung als budgetiert auf. Im Verhältnis zur Gesamtsumme ist dies ein moderater Betrag. Der Schulvorstand spricht von einer Ziellandung.

Koni Lips dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und die Mühe, trotz Corona die Jahresrechnung 2019 glatt über die Bühne gebracht zu haben.

Diskussion

Koni Lips (SVP) sagt, die Fraktion ist erfreut über das gute Resultat der Jahresrechnung und wird ihr zustimmen.

Beda Felber (CVP) erklärt, die Rechnung wurde mit der gleichen Sorgfalt geprüft wie in den Vorjahren, dies dank der guten Kommunikation zwischen der RPK und der Stadtverwaltung. Dank der Flexibilität waren die Belege und die Rechnung immer online verfügbar. Dieser Umstand könnte in Zukunft in den normalen Ablauf integriert werden. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zur Jahresrechnung; alle Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Die abschliessende Meinung der CVP: sie wird der Abnahme zustimmen.

Michael Segrada (FDP) ist mit Blick zurück erfreut, dass man mit einem Ertragsüberschuss abschliesst. Leider kann man HRM2 (noch) nicht mit den Vorjahren vergleichen. Er erwähnt die gute Arbeit der Finanzabteilung. Die interaktive Rechnungsprüfung ist ein Schritt in die Zukunft. Leider ist der Blick in die finanzielle Zukunft eher düster. Welche Folgen die Coronakrise haben wird, kann noch nicht abgeschätzt werden. Die FDP wünscht sich aufgrund der Coronakrise eine umsichtige Vorschau für das Gewerbe bei der Budgetierung.

Johannes Küng (SP/AL) nimmt es vorweg, die Fraktion der SP/AL wird der Jahresrechnung 2019 zustimmen. Die Rechnung ist gut geführt. Es konnten keine Fehler gefunden werden, die einen anderen Schluss zulassen würden. Einzelne Punkte gaben dennoch Anlass zu Diskussionen:

- Die Rechnung schliesst um 15 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist nicht zum ersten Mal der Fall. Gleichzeitig stellt man fest, dass der Stadtrat aktiv ist und Projekte vorangebracht werden. Man kann den Stadtrat ermuntern, noch aktiver zu gestalten und mehr Mut zu beweisen, die städtische Finanzlage lässt es zu. Mit einem Auge schaut man hier auf die Entwicklungen auf dem Kronenareal, mit einem anderen auf die angestrebte Stärkung der Quartiere.
- Weiter aufgefallen ist die Plafonierung der städtischen Subventionen für Krippenplätze, die nicht als zielführend erscheint. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig Kinderkrippen sind.
- Ebenfalls gab die Verwendung der Abfallgebühren zu reden. Es ist nicht korrekt, wenn Abfallgebühren für den Unterhalt von Abfalleimern im öffentlichen Raum oder für das Entsorgen von Litteringabfällen verwendet werden.

Zu den angesprochenen Themen wird sich die Fraktion SP/AL auch in Zukunft äussern. Ansonsten dankt man dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

Manuela Ehmann (EVP) startet mit einem Zitat: "Es ist ein lobenswerter Brauch, wer etwas Gutes bekommt, der bedankt sich auch" (Wilhelm Busch). Sie möchte diesen Brauch fortsetzen. Sie sagt Danke für die gute Zusammenarbeit, für die aufschlussreichen Begründungen von nicht immer einfach zu verstehenden Abweichungen zum Budget, und für das kompetente und ausführliche Beantworten ihrer vielen Fragen. Ein besonderer Dank geht an die Finanzabteilung, welche die RPK während der Prüfung der Jahresrechnung unterstützt hat.

Sie hat noch einen Wunsch für die Jahresrechnung 2020: Das Investitionsbudget soll besser genutzt werden oder es soll nur das budgetiert werden, was auch realisiert wird. Die EVP-Fraktion genehmigt die Jahresrechnung 2019.

Beat Hess (Grüne) meint, auch wenn es bei einer Jahresrechnung um trockene Zahlen geht, sind die Begebenheiten, welche sich dahinter verbergen, immer wieder spannend. So zeigt die Rechnung auf, welche Schwerpunkte mit wieviel Einsatz verfolgt wurden, wo es gut läuft und wo allenfalls Handlungsbedarf besteht. Die Dynamik in den Abteilungen wird sichtbar, allen voran in der Schulabteilung, aber auch in der Sozialabteilung, obwohl dort die Lage momentan stabil ist.

Man schenkt Details Aufmerksamkeit oder stösst auf Themen oder Fragen, welchen weiter nachgegangen werden kann, wie z.B. der hohe Verbrauch von Toner für Kopiergeräte, die Vergabe von Handwerkeraufträgen an immer dieselben Firmen oder dass interne Verrechnungen nicht mehr statthaft sind, was zu Verschiebungen zugunsten der einen und zulasten der anderen Abteilungen führt. Im grossen Ganzen ist man mit der Rechnung zufrieden und stimmt der Abnahme zu.

Detailberatung

Der Präsident des Gemeinderates geht zur Detailberatung über. Er bittet um Wortmeldungen zu den einzelnen Abteilungen. Es werden keine Wortmeldungen gewünscht. Der Präsident leitet über zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschliesst:

Die nachstehende Jahresrechnung 2019 einschliesslich Sonderrechnungen und Globalbudget der politischen Gemeinde Dietikon wird einstimmig genehmigt.

a) Erfolgsrechnung

Gesamtaufwand	Fr.	223'957'229.82
<u>Gesamtertrag</u>	Fr.	<u>227'992'395.97</u>
Ertragsüberschuss	Fr.	4'035'166.15

b) Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	11'780'070.28
<u>Einnahmen Verwaltungsvermögen</u>	Fr.	<u>1'251'305.40</u>
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr.	10'528'764.88

c) Investitionsrechnung Finanzvermögen

Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	1'445'144.95
<u>Einnahmen Finanzvermögen</u>	Fr.	<u>1'013'606.81</u>
Nettoinvestitionen Finanzvermögen	Fr.	431'538.14

d) Bilanz

Bilanzsumme	Fr.	266'858'733.45
-------------	-----	----------------

Rechtsmittel:

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon;
- Leiterin Finanzabteilung;
- Finanzvorstand;
- Stadtrat

P2.09.02.04 Verkehrsbeschränkungen fahrender Verkehr

Tempo 30 auf der Steinmürlistrasse

Begründung Postulat

Andreas Wolf (Grüne), Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende, haben am 7. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird gebeten, auf der Steinmürlistrasse mit der Inbetriebnahme der Limmattalbahn Tempo 30 einzuführen.

Begründung:

Mit dem Bau der Limmattalbahn soll der Durchgangsverkehr auf das übergeordnete Strassennetz (Bern-/Überlandstrasse) geleitet werden. Dazu müssen die notwendigen, flankierenden Massnahmen auf Seiten der Stadt getroffen werden. Tempo 30 auf der Steinmürlistrasse ist eine günstige und wirksame Massnahme mit vielen weiteren positiven Auswirkungen: Die Schulwege werden sicherer, das Quartier leidet weniger unter Lärm, Abgasen und der trennenden Wirkung des motorisierten Verkehrs auf der Steinmürlistrasse."

Mitunterzeichnende:

Beat Hess	Martin Steiner	Philipp Sanchez	Manuel Peer
Johannes Küng	Roland Schürch	Olivier Barthe	Ernst Joss
Catherine Peer	Sven Johannsen	Catalina Wolf-Miranda	Kerstin Camenisch
Silvan Fischbacher			

Begründung:

Andreas Wolf (Grüne) merkt an, dass die Limmattalbahn (LTB) bis im Jahr 2022 fertiggestellt werden soll. Das Ziel ist, das Zentrum von Dietikon vom motorisierten Verkehr zu entlasten. Er erklärt, wie die vielen Strassen im übergeordneten Strassennetz auf einander einwirken. Es ist vermutlich nicht zu vermeiden, dass der Verkehr sich verschiebt. Der Druck auf die Steinmürlistrasse steigt, der Verkehr wird auch mit dem Bau der LTB hoch bleiben. Der Stadtrat hat das Problem erkannt und im städtischen Gesamtverkehrskonzept Massnahmen aufgezeigt. Tempo 30 wurde leider nicht als Massnahme aufgeführt.

Tempo 30 ist eine günstige und wirksame Massnahme. Schulwege werden sicherer, Quartiere leiden weniger unter Lärm und Abgasen. Mit dem Postulat wird der Stadtrat gebeten, Tempo 30 auf der Steinmürlistrasse einzuführen. Nach Beendigung des Baus der LTB wird es schwierig, da sich Verkehrsflüsse bereits eingespielt haben.

Der Stadtrat hat gegen die Überweisung des Postulates nichts einzuwenden.

Diskussion:

Martin Christen (CVP) stellt den Antrag auf Nichtüberweisung, um die Diskussion zum Postulat zu eröffnen.

Olivier Barthe (FDP) meint, bei ökologischen Themen entsteht eine Meinungsvielfalt. Es gibt Kontra, wie die dynamische Phase mit dem Bau der Limmattalbahn (LTB). Eventuell sollte man warten, bis der Bau fertig ist, dann sieht man, ob Tempo 30 noch Sinn macht. Dies gemäss dem übergeordneten Richtplan mit dem Gesamtverkehrskonzept. Pro, oder für die Überweisung des Postulats, spricht, dass sich der Verkehr beruhigt. Falls nicht, kann man immer noch reagieren.

Pro Tempo 30 ist auch die Gefahrenlage für Velofahrer und Fussgänger. Im Falle einer horizontalen Beruhigung könnten Objekte aufgestellt werden, welche den Verkehr im Slalom durch die Strasse führen. Dadurch entstehen vielleicht mehr Parkplätze und man könnte eine Verschönerung mit Blumenkästen anstreben. Ob der Durchsatz durch die reduzierte Geschwindigkeit erhöht oder verkleinert wird, ist offen. Dies ist das Stimmungsbild der FDP zu diesem Vorstoss.

Markus Erni (SVP) hat eine Bemerkung ausserhalb des Geschäfts: Er möchte anregen, trotz Corona auf den Wechsel von Plastiksäckli am Mikrofon zu verzichten.

Zum Postulat meint er, die Themen und Diskussionen wiederholen sich. Im Jahr 2005 sagte das Volk Nein zu Tempo 30-Zonen. Die Schulwegüberquerung mit dem Lichtsignal in der Steinmürlistrasse ist eine der sichersten Übergänge in Dietikon. In Tempo 30-Zonen gibt es keine Lichtsignale. Dies stellt die Sicherheit in Tempo 30-Zonen in Frage.

Der Durchgangsverkehr soll nicht in Dietikon geregelt werden, sondern ausserhalb. Hier müsste mit den Kantonen Zürich und Aargau geschaut und eine Lösung angestrebt werden. In den kantonalen Verkehrskonzepten steht nichts von Tempo 30-Zonen. Er zitiert das Verkehrskonzept bezüglich den Massnahmen zur Steinmürlistrasse. Bei Einführung von Tempo 30 würden die Probleme umgelagert, die Staffelackerstrasse wäre plötzlich interessant für den Verkehr. Quartierbewohner würden nur von einer Nachtsperre profitieren (Lärmeinschränkung). Die Forderungen des Postulats sind nicht nötig, der Stadtrat hat ein Verkehrskonzept, welches gut ist. Er fordert die Versammlung auf, das Postulat nicht zu überweisen.

Manuel Peer (SP) sagt, es gibt drei Vorteile für Tempo 30-Zonen. Es geht um Menschenleben; mit Tempo 30 kann man noch bremsen und falls doch jemand erwischt wird, sind die Verletzungen nicht gravierend. Die Lebensqualität wird besser, das Quartier wird ruhiger. Es gibt eine Vermeidung von Rasern. Der Verkehr wird nicht auf Nachbarstrassen ausweichen, der Verkehr würde nicht weniger aber verträglicher. Der Durchgangsverkehr kann nicht kantonal geregelt werden, die Dietiker sollten den Aargauern nicht den Arbeitsweg "verschönern". Tempo 30 ist nicht gegen das Auto, sondern eine gute Koexistenz für Auto und Anwohner.

Martin Christen (CVP) erklärt, der Grund für den Nichtüberweisungsantrag war die Ermöglichung von inhaltlichen Stellungnahmen und Diskussionen zum vorliegenden Postulat. Die einfache Forderung im Postulat lautet: Der Stadtrat wird gebeten, auf der Steinmürlistrasse mit der Inbetriebnahme der Limmattalbahn Tempo 30 einzuführen. So weit so gut. Die Steinmürlistrasse ist Bestandteil des städtischen Gesamtverkehrskonzeptes.

Er erwähnt 5 Massnahmen, welche gemäss Konzept an der Steinmürlistrasse umgesetzt werden sollen:

M1.1 Vortrittsregelung Badstrasse

M1.2 Temporäre Sperrung

M1.3 Vortrittsregelung Gyrhaldenstrasse

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

M1.4 Kreisel Ochsen

M1.5 LSA zur Dosierung inkl. Busbevorzugung

Tempo 30 ist nicht vorgesehen. Im Jahr 2005 wurde eine Vorlage dazu von den Stimmbürgern deutlich abgelehnt.

Die CVP setzt sich dafür ein, dass die Massnahmen des Gesamtverkehrskonzeptes, wenn immer möglich und noch angebracht, umgesetzt werden. Eine zeitliche Kopplung mit dem Start der Limmattalbahn wird als nicht zwingend erachtet. Im Gegenteil, gerade bei so neuralgischen Verkehrsabschnitten wie der Steinmürlistrasse macht es Sinn, erst ein bis zwei Jahre lang die Verkehrsentwicklung zu beobachten. Dazu gehört auch der Einbezug einer fertig ausgebauten Überlandstrasse. Bei der zeitlichen Umsetzung der Massnahmen sollen auch die Investitionen in Betracht gezogen werden. Bei der Steinmürlistrasse rechnet man mit 1.7 Mio. Franken.

Das sind die Eckpunkte, warum das Postulat von Beginn an nicht unterstützt wurde. Zusammengefasst: Es ist ein Antrag für etwas, das gar nicht vorgesehen ist. Jetzt ist aber der Stadtrat, und damit hat man nicht gerechnet, für die Überweisung. Man nimmt an, dass er für die Antwort mit wenig Aufwand rechnet und seinerseits seine konkreten Pläne für die Umsetzung der Verkehrsberuhigungsmassnahmen in der Steinmürlistrasse darlegen will. Unter diesem Aspekt könnte man einer Überweisung zustimmen. Es ist den Grünen zudem positiv anzurechnen, dass sie diesen Vorstoss über ein Postulat machen. Eine Interpellation wäre für sie der bequemere Weg gewesen. Es war aber wichtig, vor der Überweisung Stellung nehmen zu können. Der Formhalber wird die CVP-Fraktion mit einer Stimme auf den Nichtüberweisungsantrag eintreten.

Chris Ilg-Lutz (EVP) sagt, die EVP wird den Nichtüberweisungsantrag der CVP unterstützen. Generell ist man für Tempo 30-Zonen, bringen diese doch mehr Sicherheit und vor allem bessere Wohnqualität in den Quartieren. Tiefere Geschwindigkeiten führen zu vielen positiven Auswirkungen. Die Autofahrer verlieren kaum Zeit. Mit dem Bau der Limmattalbahn ist der Verkehrsfluss ziemlich durcheinander geraten. Wie, das wird sich nach der Inbetriebnahme der Bahn zeigen. Die EVP findet es deshalb zweckmässiger, die Verkehrsströme zuerst zu untersuchen und dann die beste Lösung zu finden. Vorgängig ein Projekt auszuarbeiten, welches womöglich nicht oder nur teilweise umgesetzt werden kann, ist nicht sinnvoll. Verkehrsberuhigende Massnahmen sollten dann aber so schnell als möglich umgesetzt und nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ottile Dal Danton (CVP) meint, vieles wurde gesagt, vieles macht Sinn. Sie fordert auf, Punkt 3.2.1 des Verkehrskonzeptes zu lesen (Betriebskonzept Steinmürlistrasse). Dann sieht man, dass es keine Tempo 30-Zone braucht. Sie wohnt an der Steinmürlistrasse, parallel zur Schützenstrasse, welche trotz 30er-Zone zum Rasen verleitet. Sie fürchtet, in der Steinmürlistrasse könnte dies auch passieren. In Stosszeiten fahren die Autos aber langsam. Wenn nach Fertigstellung der LTB die Massnahmen gemäss Verkehrskonzept umgesetzt werden, braucht es keine Tempo 30-Zone.

Sven Johannsen (GLP) sagt, slow down, take it easy. Er erklärt, eine ehemalige Umfahrungsstrasse wurde zur Quartierstrasse. Für die Überweisung sprechen Gründe wie dass das Quartier gewachsen ist. Er sieht aber auch, dass es Anreize gibt, auf den motorisierten Individualverkehr umzusteigen, was ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erzeugt. Der Stadtrat möchte das Postulat übernehmen, warum nicht?

Andreas Wolf (Grüne) ist nicht gegen die Massnahmen des Verkehrskonzeptes. Tempo 30 wird aber auch im Schlussbericht des städtischen Verkehrskonzeptes wie folgt erwähnt: "Als Massnahme für eine städteverträgliche Verkehrsabwicklung sind die Einführung von Tempo 30 sowie eine Gestaltung des Strassenraums für Fussgänger und Velofahrer denkbar...". Dadurch kann eine Reduktion des Verkehrs um 20 % erreicht werden. 20 % ist viel. Der Verkehr wird beruhigt, es gibt weniger Lärm und Abgase und die Sicherheit wird erhöht. Mit wenig Geld kann mit Tempo 30 sehr viel erreicht werden. Seit 2005 sind 15 Jahre vergangen und es hat keine Verbesserungen gegeben. Jetzt

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

ist es sinnvoll, Tempo 30 einzuführen, nach Beendigung des Baus der LTB ist es schwieriger. Fussgängerüberquerungen sind möglich in Tempo 30-Zonen. Dank der CVP bietet sich die Möglichkeit der Diskussion und er motiviert die Anwesenden, das Postulat zu unterstützen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, der Präsident lässt abstimmen. Die erste Abstimmung ergibt eine Abweichung von 1 Stimme zu den anwesenden Gemeinderäten (17 zu 15 Stimmen bei 33 Anwesenden).

Manuel Peer stellt den Antrag auf Wiederholung der Abstimmung. Dem Antrag wird im Gemeinderat zugestimmt.

Die zweite Abstimmung ergibt das folgende Resultat.

Der Gemeinderat beschliesst:

Das Postulat von Andreas Wolf (Grüne) betreffend Tempo 30 auf der Steinmüllstrasse wird mit 17 zu 16 Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Andreas Wolf, Untere Reppischstrasse 7, 8953 Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

U1.01.03.00 Lärm, Fluglärm, Allgemeines

Verkehrslärmbelastung in Dietikon

Interpellation

Mike Tau (FDP), Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 7. Mai 2020 folgende Interpellation eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Besteht seitens Stadtrat ein Konzept zur weiteren Lärmberuhigung in Dietikon, z.B. durch bauliche Massnahmen? Falls ein Konzept existiert: Welche Massnahmen sind darin vorgesehen?*
- 2. Falls Massnahmen vorgesehen sind: Besteht ein Zeitplan für die Umsetzung derselben und für wann sind welche Schritte vorgesehen?*
- 3. Ist die Stadtpolizei Dietikon standardmässig mit Lärmmessgeräten ausgerüstet? Falls dies nicht der Fall sein sollte: Ist der Stadtrat bereit, solche Geräte anzuschaffen?*

Begründung:

Die Lärmbelastung in Dietikon durch Autos und Motorräder wird von Teilen der Bevölkerung als zu hoch empfunden. Die Situation hat sich seit den letzten Vorstössen zu dieser Thematik gefühlt nicht oder allenfalls nur wenig verbessert. Offenbar reichen die bisherigen Bemühungen der Stadt nicht aus, um dieser Sache Herr zu werden. Darunter leidet wohl auch die Attraktivität von Dietikon.

Es ist bekannt, dass gewisse Fahrzeuge beim Messverfahren der Zulassungsprüfung eine bestimmte Zeit lang ein technisches Schlupfloch nutzten, im Verkehr unter Alltagsbedingungen dann aber zu laut waren und sind. Dies bedeutet aber nicht, dass mit solchen Fahrzeugen zu jeder Tages-

und Nachtzeit beliebig viel Lärm an beliebigen Orten verursacht werden darf; auch für diese Fahrzeuge gilt die Bestimmung von Art. 42 Abs. 1 SVG: "Der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern, namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch, zu unterlassen und das Erschrecken von Tieren möglichst zu vermeiden". Darunter fällt z.B. "fortgesetztes unnötiges Herumfahren in Ortschaften" (Art. 33 Abs. 1 lit. d VRV).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die entsprechenden Bemühungen der Stadt Dietikon in Zukunft verstärkt werden können, so dass eine objektiv messbare Lärmberuhigung stattfindet, welche sich auch subjektiv bei der Bevölkerung bemerkbar macht. Denkbar wären z.B. bauliche Massnahmen wie die Erhöhung der Anzahl mit Schwellen ausgestatteten 30er-Zonen. Diese würden ein starkes Beschleunigen auf kurzer Strecke zumindest erschweren. Sodann könnten "Lärmblitzer" helfen, nicht typenkonforme Fahrzeuge zu identifizieren, welche Lärm weit jenseits der üblichen Lautstärken von z.B. mit Auspuffklappen ausgerüsteten Fahrzeugen emittieren. Solche Fahrzeuge wurden bis anhin offenbar von Polizistinnen und Polizisten festgestellt. Es stellt sich somit ebenso die Frage, ob die Stadtpolizei Dietikon standardmässig mit geeigneten Lärmmessgeräten ausgerüstet ist, um solche Fahrzeuge bei Verkehrskontrollen jederzeit auszumachen zu können."

Mitunterzeichnende:

Silvan Fischbacher	Sven Johannsen	Beat Hess	Ernst Joss
Martin Steiner	Maya Ritschard	Olivier Barthe	Andreas Wolf
Catalina Wolf-Miranda	Roland Schürch	Kerstin Camenisch	Martin Christen

Mike Tau bezieht sich auf die Begründung gemäss der Interpellation und ergänzt wie folgt: Es gibt Orte, wo mit Autos langsam gefahren und dann plötzlich Gas gegeben wird. Ruhe und Ordnung ist eine Grundaufgabe der Stadt. Die Verbesserungen sind zu wenig spürbar. Das Problem muss dringend angegangen werden. Auswirkungen wären Unattraktivität von Dietikon. Es könnten Leute aus diesem Grund wegziehen. Man erwartet, dass der Stadtrat gemäss seinen Kompetenzen mögliche Verbesserungen proaktiv angeht. Es soll eine Erhöhung der 30er-Zonen oder andere gute Massnahmen vorgenommen werden. Für die Messungen von Fahrzeugen soll die Ausrüstung der Polizei diesbezüglich aufgerüstet werden. Er fordert den Stadtrat zu effektiveren Massnahmen auf. Rückmeldungen aus der Bevölkerung ergeben, dass diese über einen Wegzug nachdenken.

Der Stadtrat hat für die Beantwortung der Interpellation 3 Monate Zeit.

U1.04 Umweltschutz, komplexe Akten

Plastik-Strategie

Interpellation, Begründung

Beat Hess (Grüne), Mitglied des Gemeinderates, und 8 Mitunterzeichnende haben am 7. Mai 2020 folgende Interpellation eingereicht:

"Im Umgang mit Ressourcen bzw. zur Vermeidung von Abfall soll nach den Grundsätzen "Vermeidung/Verringerung, Wiederverwendung und Wiederverwertung (Recycling)" gehandelt werden. Gerade in Bezug auf Plastik geht die Entwicklung jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Immer mehr davon wird hergestellt und landet im Abfall oder in der Umwelt, mit den bekannten, schädlichen Folgen wie Plastik in Böden und Nahrungsmitteln, Ölverbrauch und damit CO₂-Ausstoss und Klimaerwärmung. Der Anteil des Plastiks im Hausmüll beträgt über fünfzig Prozent.

Bei dieser Art Abfall werden die obgenannten Grundsätze am wenigsten eingelöst. Im Bewusstsein, dass die Thematik aber auch sehr komplex ist, bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

1. Welche Strategie verfolgt die Stadt in Sachen Plastik-Abfall?
2. Wie ist diese Strategie begründet?
3. Wie können die Stadt Dietikon und ihre Bevölkerung dazu beitragen, dass bezüglich Plastik vermehrt nach den obgenannten Grundsätzen gehandelt wird?"

Mitunterzeichnende:

Martin Steiner	Manuela Ehmann	Catalina Wolf-Miranda	Christiane Ilg-Lutz
Nadine Burtscher	Philipp Sanchez	Silvan Fischbacher	Kerstin Camenisch

Begründung:

Beat Hess (Grüne) erwartet nicht, dass Dietikon nun das weltweite Plastikproblem löst. Denn Plastik ist nun mal der Allerweltsrohstoff mit dem grössten Anwendungsbereich und einer enormen Vielseitigkeit - schlicht eine zu gute Erfindung. Aber eben, auch eine mit einer sehr problematischen Seite betreffend Energieverbrauch bei der Herstellung, bei der Freisetzung von CO₂ und den grossen Abfallbergen. Was er sich aber erhofft, sind Anleitungen und Hinweise der Experten, wie man am besten handelt, um die schädlichen Auswirkungen möglichst tief zu halten. Wo kann angesetzt werden, bei Privaten, aber auch bei Unternehmen? Worauf kann man setzen, auf Aufklärung, Aktionen, Anreize? Andere Gemeinden in der Region haben auch schon Schritte unternommen. Gibt es erfolgreiche Ansätze, von denen man lernen kann? Als Einzelner fühlt man sich gegenüber Dingen wie dem Plastikproblem oft ohnmächtig. Er freut sich deshalb auf die Antworten des Stadtrates, wie man kollektiv handlungsfähig bleiben könnte.

P.S.: Vielleicht wäre zukunftsfähiger, nachhaltiger Plastik bzw. nachhaltiger Umgang mit Plastik auch ein Bereich für den angedachten Greentech-Cluster in Dietikon.

Der Stadtrat hat für die Beantwortung der Interpellation 3 Monate Zeit.

B1.01.01.00 Gesamtordnung Nutzungsplanung, Allgemeines

Fruchtfolgeflächen in Dietikon

Interpellation, Begründung

Andreas Wolf (Grüne), Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 7. Mai 2020 folgende Interpellation eingereicht:

"Durch den Bau des Depots der Limmattalbahn und der Strassenabwasserbehandlungsanlage (SABA) und durch den Ausbau der Mutschellenstrasse gehen im Müsli auf Dietiker Gemeindegebiet Fruchtfolgeflächen von 1,5 Hektaren dauerhaft verloren. Zusätzlich wird während der Bauzeit eine weitere Hektare Fruchtfolgefläche temporär von der Limmattalbahn beansprucht. Dies entspricht insgesamt einem Verlust von 3,5 Fussballfeldern Fruchtfolgeflächen. Der Verlust einer solchen Fläche kann für die Dietiker Landwirtschaftsbetriebe existenzbedrohend sein. Die verloren gegangenen Fruchtfolgeflächen gehörten bzw. gehören grösstenteils der Stadt Dietikon. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann wurde die Stadt Dietikon von der Limmattalbahn über den dauerhaften bzw. temporären Verlust der Fruchtfolgeflächen informiert?

26. Sitzung vom 4. Juni 2020

2. *Wie war die Abmachung mit der Limmattalbahn betreffend Frist der Bekanntgabe des dauerhaften bzw. temporären Verlusts der Fruchtfolgeflächen gegenüber den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben?*
3. *Konnten die Kündigungsfristen mit den betroffenen Landwirtschaftsbetrieben eingehalten werden? Wenn nein: Warum nicht?*
4. *Laut Antwort des Regierungsrats auf die Anfrage von Manuel Kampus betreffend Beanspruchung Müsli Dietikon vom 21.10.2019 wurde die Beanspruchung der Installationsflächen in einem enteignungsrechtlichen Vergleich am 27.6.2019 festgehalten. Warum wurde dieser enteignungsrechtliche Vertrag nötig? Welche Rolle spielte dabei die am 3.6.2019 vom BAV bewilligte SABA, durch die weitere 2500 Quadratmeter Fruchtfolgeflächen verloren gehen?*
5. *Welche Fruchtfolgeflächen schonenden Alternativstandorte für die SABA wurden geprüft?*
6. *Die Enteignungen zeigten, dass für die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe solche Verluste an Fruchtfolgeflächen existenzbedrohend sein können. Welche Auswirkungen hat diese Einsicht auf die zukünftigen Planungen im Müsli?*
7. *Regionale Produkte sind je länger je mehr gefragt. Was unternimmt die Stadt Dietikon, um die noch bestehenden Fruchtfolgeflächen auf Gemeindegebiet nachhaltig zu schützen? Besteht dafür eine Strategie?*
8. *Wo sieht der Stadtrat auf Gemeindegebiet Potential, neue Fruchtfolgeflächen zu schaffen und dadurch die ansässigen Landwirtschaftsbetriebe zu stützen?"*

Mitunterzeichnende:

Catalina Wolf-Miranda
Philipp Sanchez
Catherine Peer

Beat Hess Silvan Fischbacher Martin Steiner
Johannes Küng Peter Metzinger Mike Tau

Andreas Wolf erklärt, dass pro Sekunde 1 m² Land in Dietikon verbaut wird. Die Fruchtfolgeflächen werden beim Bau des Depots zerstört, 1.5 ha Fläche geht verloren. Diese wird von der Limmattalbahn beansprucht. Das entspricht einem Verlust von 5 Fussballfeldern. Dieser Zustand gefährdet die Existenz von Landwirtschaftsbetrieben. Andreas Wolf weist auf seine Fragen aus der Interpellation hin und bittet den Stadtrat um Antwort.

Der Stadtrat hat für die Beantwortung der Interpellation 3 Monate Zeit.

GEMEINDERAT DIETIKON

Gabriele Olivieri
Präsident

Patricia Meyer
Sekretärin

Andreas Wolf
Stimmenzähler

Manuela Ehmann
Stimmenzählerin

Peter Metzinger
Stimmenzähler